

LANDESBANK BERLIN AG

Nachtrag

gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz

vom 20. September 2011

zu den im Folgenden aufgeführten Basisprospekten

Basisprospekt gemäß § 6 Wertpapierprospektgesetz vom 7. Juni 2010
für Anleihen und strukturierte Wertpapiere
(Nachtrag Nr. 3)

Basisprospekt gemäß § 6 Wertpapierprospektgesetz vom 23. Februar 2011
für kreditereignisbezogene Wertpapiere
(Nachtrag Nr. 2)

Basisprospekt gemäß § 6 Wertpapierprospektgesetz vom 1. Juni 2011
für Anleihen und strukturierte Wertpapiere
(Nachtrag Nr. 1)

(nachfolgend „die Basisprospekte“ oder jeweils „dieser Basisprospekt“ oder „der jeweilige Basisprospekt“)



**LandesBank
Berlin**

Die Basisprospekte gemäß § 6 Wertpapierprospektgesetz sowie dazugehörige Nachträge wurden gemäß § 14 (2) Nr. 3.a) WpPG auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht. Exemplare in gedruckter Form werden zur kostenlosen Ausgabe bei der Landesbank Berlin AG, Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, bereitgehalten. Dieser Nachtrag vom 20. September 2011 wird ebenfalls auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht. Exemplare in gedruckter Form werden zur kostenlosen Ausgabe bei der o.g. Adresse bereitgehalten.

Dieser Nachtrag sollte im Zusammenhang mit dem jeweiligen Basisprospekt und sämtlichen sonstigen Nachträgen zum jeweiligen Basisprospekt gelesen und aufgefasst werden und, in Bezug auf die jeweilige Emission von Wertpapieren im Rahmen des jeweiligen Basisprospekts, im Zusammenhang mit den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen gelesen und aufgefasst werden.

Dieser Nachtrag stellt, wie auch der jeweilige Basisprospekt, sonstige Nachträge zum jeweiligen Basisprospekt sowie, in Bezug auf die jeweilige Emission von Wertpapieren, die maßgeblichen Endgültigen Bedingungen, kein Angebot und keine Aufforderung zur Zeichnung oder zum Kauf von Wertpapieren dar und sollte nicht als Empfehlung der Emittentin zur Zeichnung oder zum Kauf von Wertpapieren verstanden werden. Jeder Anleger sollte sich ein eigenes Bild über die finanzielle und wirtschaftliche Situation der Emittentin machen.

Hinsichtlich der Angaben zur Emittentin im Basisprospekt werden im nachfolgenden **Abschnitt I.** dieses Nachtrags die folgenden Abschnitte des jeweiligen Basisprospekts ersetzt:

- im Abschnitt „Zusammenfassung“ die „Zusammenfassung der Beschreibung der Emittentin“ (**Abschnitt I.1** dieses Nachtrags),
- im Unterabschnitt „Zusammenfassung der mit der Emittentin verbundenen Risiken“ im Abschnitt „Zusammenfassung“ der Punkt „Auswirkungen der Finanzkrise“ (**Abschnitt I.2** dieses Nachtrags),
- im Abschnitt „Risikofaktoren“ die „Auswirkungen der Finanzkrise“ (**Abschnitt I.3** dieses Nachtrags),
- der Abschnitt „Beschreibung der Landesbank Berlin AG“ (**Abschnitt I.4** dieses Nachtrags),
- die Unterabschnitte „Gerichts- oder Schiedsverfahren“ und „Tendenzielle Informationen und wesentliche Veränderungen in der Finanzlage“ im Abschnitt „Allgemeine Informationen“ (**Abschnitt I.5** dieses Nachtrags).

Am 18. August 2011 wurde der Zwischenbericht zum Konzern der Landesbank Berlin zum 30. Juni 2011 veröffentlicht. Dieser Zwischenbericht ist im nachfolgenden **Abschnitt II.1** dieses Nachtrags wiedergegeben.

I.

1.

Im Abschnitt „Zusammenfassung“ des jeweiligen Basisprospekts wird der Abschnitt „Zusammenfassung der Beschreibung der Emittentin“ ersetzt durch folgenden neuen Abschnitt:

Zusammenfassung der
Beschreibung der
Emittentin:

Die LBB hat ihren Sitz in Berlin und ist unter der Nummer HRB 99726 B im Handelsregister beim Amtsgericht Berlin, Charlottenburg eingetragen.

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben von Bankgeschäften jeder Art und die Durchführung der damit zusammenhängenden Handelsgeschäfte, Finanz- und sonstigen Dienstleistungen aller Art. Die Gesellschaft kann diesen Unternehmensgegenstand selbst oder durch Tochter- und Beteiligungsunternehmen verwirklichen. Die LBB ist zur Trägerschaft an der Berliner Sparkasse berechtigt und nach Maßgabe einer Beleihung gemäß § 3 Abs. 2, 3 des Berliner Sparkassengesetzes vom 1. Januar 2006 verpflichtet, der Berliner Sparkasse die zur Durchführung und Fortentwicklung des Sparkassengeschäfts erforderlichen finanziellen, personellen und sachlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Berliner Sparkasse ist gemäß § 3 Abs. 1 des Berliner Sparkassengesetzes eine öffentlich-rechtliche Sparkasse und wird als Zweigniederlassung der LBB geführt.

Der Berliner Sparkasse obliegt die Förderung des Sparens und die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs, insbesondere des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie ist mündelsicher und berechtigt, ein Siegel mit ihrem Namen zu führen. Die Berliner Sparkasse betreibt Bankgeschäfte aller Art und sonstige Geschäfte, die dem Zweck der Berliner Sparkasse dienen. Sie ist berechtigt, Pfandbriefe, Kommunalobligationen und sonstige Schuldverschreibungen auszugeben und kann treuhänderische Aufgaben übernehmen. Die Geschäfte der Berliner Sparkasse sind nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung allgemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs der Berliner Sparkasse. Der Geschäftsbereich der Berliner Sparkasse ist auf das Land Berlin auszurichten. Sie ist berechtigt, Zweigstellen zu errichten.

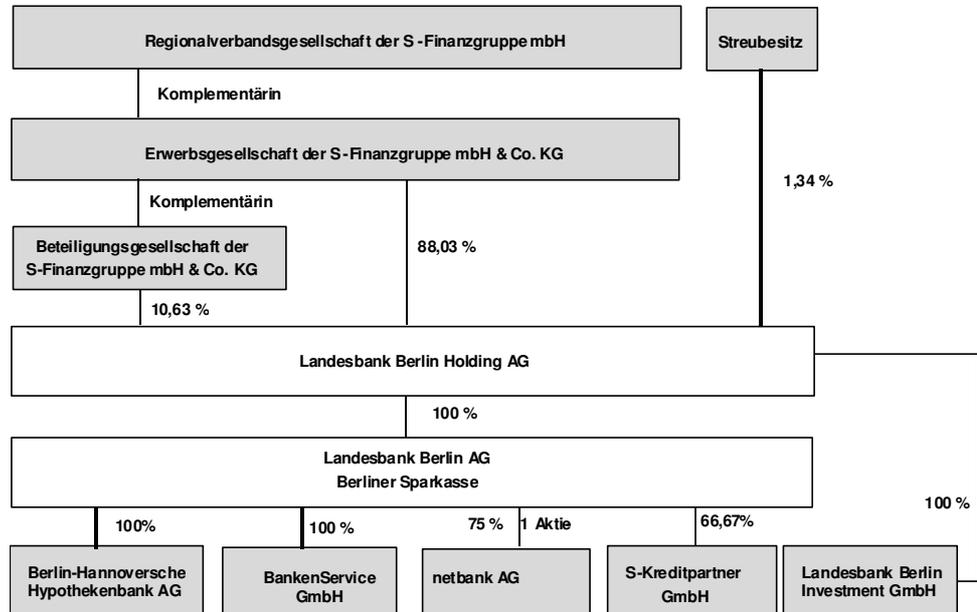
Gemäß § 3 Abs. 4 und 5 des Berliner Sparkassengesetzes hat die LBB als Trägerin der Berliner Sparkasse die Aufgabe einer Sparkassenzentralbank (Girozentrale) und gilt als eigener Sparkassenverband. Sie kann Mitglied von Vereinigungen von deutschen Sparkassen- und Giroverbänden sowie Girozentralen sein oder ihnen beitreten. In ihrer Funktion als Trägerin der Berliner Sparkasse sowie als Sparkassenzentralbank (Girozentrale) und Sparkassenverband steht die LBB gemäß § 9 des Berliner Sparkassengesetzes unter der Aufsicht der für das Kreditwesen zuständigen Senatsverwaltung (Aufsichtsbehörde).

Die LBB unterhält Niederlassungen in London und Luxemburg. Ferner unterhält sie über die Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg, 30, Boulevard Royal L-2449 Luxemburg, einen Standort in Luxemburg. Sie emittiert Wertpapiere sowohl aus Berlin als auch aus der Landesbank Berlin Niederlassung London.

Wichtigster Markt der LBB ist Deutschland, insbesondere die Bundesländer Berlin und Brandenburg.

Gegenwärtige Konzernstruktur

Die LBB ist eine Tochter der Landesbank Berlin Holding AG (die „LBBH“). Die LBBH besitzt 100% der Anteile an der LBB. Die LBBH gehört zu 88,03% der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (die „Erwerbsgesellschaft“). Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ist mit 10,63% der Anteile an der LBBH beteiligt. 1,34% der Anteile befinden sich im Streubesitz. Die Eigentümerstruktur und wesentliche Beteiligungen der LBB sind in der nachfolgenden Grafik dargestellt.



Vorstand und Aufsichtsrat

Der Vorstand besteht aus mindestens drei Mitgliedern mit gleichen Rechten und Pflichten. Über die Bestellung, Abberufung und Anstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder beschließt der Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976 (MitbestG) in seiner jeweils gültigen Fassung aus je acht Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen.

Kapitalverhältnisse

Das gezeichnete Kapital der LBB beläuft sich auf EUR 1.200 Mio. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt. Alleiniger Aktionär der LBB ist die LBBH.

*Konzernabschluss
gemäß IFRS:*

Die LBB stellte zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2010 einen Konzernabschluss nach den Regelungen der IFRS auf, wie sie in der EU anzuwenden sind:

Zusammenfassung
der Finanzdaten der
Emittentin nach IFRS¹:

	2010 konsolidiert	2009 ² konsolidiert
	in € Mio.	in € Mio.
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	625	684
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	351	476
Operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern	325	334
Ergebnis nach Steuern	189	255
Bilanzsumme	129.929	142.316
Ausgewiesenes Eigenkapital	1.367	1.466

Jahresabschluss
gemäß HGB: Die LBB stellte zum 31. Dezember 2010 einen Jahresabschluss nach den
Regelungen des HGB auf.

Zusammenfassung der
Finanzdaten der
Emittentin nach HGB
(Handelsgesetzbuch)³:

	2010 unkonsolidiert	2009 unkonsolidiert
	in € Mio.	in € Mio.
Zinsüberschuss ⁴	736	877
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	53	43
Betriebsergebnis (Operatives Ergebnis) ⁵	156	196
Ergebnis vor Steuern ⁶	286	337
Ergebnis nach Steuern ⁷	285	336
Bilanzsumme	99.185	104.981
Ausgewiesenes Eigenkapital	2.861	2.857

¹ Die Finanzdaten in der Tabelle wurden dem geprüften Konzernabschluss der LBB vom 31. Dezember 2010 entnommen.

² Im Rahmen der Berichterstattung zum 31. Dezember 2010 wurden Korrekturen nach IAS 8.42 im Zusammenhang mit einer erfolgten Bilanzanpassung für die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2009 vorgenommen.

³ Die Finanzdaten in der Tabelle wurden dem geprüften Jahresabschluss der LBB vom 31. Dezember 2010 entnommen bzw. aus diesem abgeleitet.

⁴ Die Position „Zinsüberschuss“ setzt sich aus den Positionen

- Zinserträge
- Laufende Erträge
- Erträge aus Gewinngemeinschaften
- Zinsaufwendungen

der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr 2010 zusammen.

⁵ Die Position „Betriebsergebnis (Operatives Ergebnis)“ setzt sich aus den Positionen

- Zinsüberschuss
- Provisionsaufwendungen/-erträge
- Nettoergebnis aus Finanzgeschäften
- Personalaufwand
- andere Verwaltungsaufwendungen
- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen
- Sonstige betriebliche Aufwendungen/Erträge
- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft
- Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen

der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr 2010 zusammen.

⁶ Die Position „Ergebnis vor Steuern“ setzt sich aus dem „Betriebsergebnis (Operatives Ergebnis)“ sowie den Positionen

- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere/Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren
- Außerordentliche Aufwendungen/Erträge
- Aufwendungen aus Verlustübernahme

der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr 2010 zusammen.

⁷ Die Position „Ergebnis nach Steuern“ setzt sich aus Ergebnis vor Steuern und der Position

- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr 2010 zusammen.

2.

Im Unterabschnitt „Zusammenfassung der mit der Emittentin verbundenen Risiken“ im Abschnitt „Zusammenfassung“ wird der Punkt „Auswirkungen der Finanzkrise“ ersetzt durch folgenden neuen Abschnitt:

Zusammenfassung der mit der Emittentin verbundenen Risiken:

Auswirkungen der Finanzkrise

Die LBB ist weiterhin als Bank den Risiken aus der seit 2007 andauernden weltweiten Finanzkrise ausgesetzt. In deren Gefolge ist die öffentliche Schuldenlast in den Industrieländern massiv angestiegen, was zu einem Vertrauensverlust an den Märkten geführt hat. Die Finanzkrise hat die Gestalt einer Verschuldungskrise angenommen. Insbesondere für die Randstaaten der Euro-Zone hat sich die Zinsbelastung gravierend erhöht. Vornehmlich für Griechenland ist angesichts der in Teilen der Politik schwindenden Bereitschaft zu weiteren Hilfskrediten ein Schuldenschnitt nicht auszuschließen. Ein solcher Schritt könnte jedoch die Kapitalausstattung einzelner Kreditinstitute überfordern und in der Folge auch die Stützungsfähigkeit der Staaten für den Finanzsektor. Mögliche schärfere Anforderungen an das Eigenkapital und steuerlichen Zusatzbelastungen (u.a. Bankenabgabe) können den geschäftlichen Spielraum der Institute einengen.

3.

Im Abschnitt „Risikofaktoren“ des jeweiligen Basisprospekts wird der Unterabschnitt „Auswirkungen der Finanzkrise“ ersetzt durch folgenden neuen Unterabschnitt:

Auswirkungen der Finanzkrise

Die LBB ist weiterhin als Bank den Risiken aus der seit 2007 andauernden weltweiten Finanzkrise ausgesetzt.

Im Folge der Finanzkrise ist die öffentliche Schuldenlast in den Industrieländern massiv angestiegen, was zu einem Vertrauensverlust an den Märkten geführt hat. Die Finanzkrise hat die Gestalt einer Verschuldungskrise angenommen. Insbesondere für die Randstaaten der Euro-Zone hat sich die Zinsbelastung gravierend erhöht, wobei die dortigen Banken vielfach über keinen Zugang zum Kapitalmarkt mehr verfügen und in steigendem Maße auf Zentralbankmittel angewiesen sind. Vornehmlich für Griechenland ist angesichts der in Teilen der Politik schwindenden Bereitschaft zu weiteren Hilfskrediten ein Schuldenschnitt nicht auszuschließen. Ein solcher Schritt könnte jedoch die Kapitalausstattung einzelner Kreditinstitute überfordern und in der Folge auch die Stützungsfähigkeit der Staaten für den Finanzsektor. Eine solche Eskalation der Schuldenkrise würde überdies zu einer Verfestigung der Marktängste führen und die Refinanzierungskosten der Banken in die Höhe treiben.

Die derzeit insbesondere in den Industriestaaten zu beobachtende konjunkturelle Abschwächung könnte darüber hinaus einen Anstieg der Kreditausfallraten nach sich ziehen und die Ertragsaussichten der Kreditinstitute schmälern.

Darüber hinaus könnten die in Reaktion auf die Finanzkrise eingeführten bzw. diskutierten schärferen Anforderungen an das Eigenkapital und steuerlichen Zusatzbelastungen (u.a. Bankenabgabe) den geschäftlichen Spielraum der Kreditinstitute einengen.

4.

Der Abschnitt „Beschreibung der Landesbank Berlin AG“ des jeweiligen Basisprospekts wird ersetzt durch folgenden neuen Abschnitt:

Gründung, Firma und Sitz

Die Wurzeln der Landesbank Berlin AG gehen auf das Jahr 1818 zurück, als in Berlin die erste öffentliche Sparkasse Preußens (die „Berliner Sparkasse“) gegründet wurde. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte im Jahr 1948 nach vorübergehender Einstellung der Geschäftstätigkeit eine institutionelle Trennung in die Sparkasse der Stadt Berlin West und im Ostteil in die Sparkasse der Stadt Berlin. In der Folge der deutschen Wiedervereinigung begann für die Sparkassen in Berlin ein neuer Zeitabschnitt. Am 27. September 1990 wurde das Gesetz über die Errichtung der Landesbank Berlin -Girozentrale- vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen und trat am 1. Oktober 1990 in Kraft. Die Sparkasse der Stadt Berlin West und die Sparkasse der Stadt Berlin wurden daraufhin im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Landesbank Berlin überführt. Seit dem 1. Januar 1994 gehörte die Landesbank Berlin der zu diesem Zeitpunkt neu gegründeten Bankgesellschaft Berlin AG als Tochtergesellschaft an. Aufgrund des „Gesetzes über die Berliner Sparkasse und die Umwandlung der Landesbank Berlin -Girozentrale- in eine Aktiengesellschaft“ vom 28. Juni 2005 (Berliner Sparkassengesetz) wurde die Landesbank Berlin am 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft nach deutschem Aktiengesetz umgewandelt. Gleichzeitig hat das Land Berlin die Landesbank Berlin AG mit der Trägerschaft für die öffentlich-rechtliche Berliner Sparkasse beliehen. Nach Maßgabe der Beleihung gemäß § 3 Abs. 2, 3 des Berliner Sparkassengesetzes ist die LBB auch verpflichtet, der Berliner Sparkasse die zur Durchführung und Fortentwicklung des Sparkassengeschäfts erforderlichen finanziellen, personellen und sachlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Berliner Sparkasse wird nun als Niederlassung der Landesbank Berlin AG geführt. Am 14. Juli 2006 beschloss die Hauptversammlung der Bankgesellschaft Berlin AG die Zusammenführung des Bankgeschäfts der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin AG. Am 29. August 2006 erfolgte die Eintragung der HV-Beschlüsse in das Handelsregister. Damit wurde die neue Konzernstruktur rechtlich wirksam. Die Bankgesellschaft Berlin AG firmiert seit dem Tage der Eintragung unter Landesbank Berlin Holding AG. Im Rahmen des Ausgliederungs- und Übernahmevertrages zwischen der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG vom 29. Mai 2006 sind die operativen Tätigkeiten der Holding, bis auf wenige Ausnahmen, in der Landesbank Berlin AG gebündelt worden. Dabei wurde nahezu der gesamte Geschäftsbetrieb der Holding im Wege der Gesamtrechtsnachfolge wirtschaftlich rückwirkend zum 1. Januar 2006 auf die Landesbank Berlin AG übertragen. Die Emittentin ist eine 100-prozentige Tochter der Landesbank Berlin Holding AG.

Die Landesbank Berlin AG hat ihren Sitz in Berlin und unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Geschäftsadresse des Unternehmens ist Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland. Tel. ist +49 30/869 801. Die Landesbank Berlin AG ist unter der Nummer HRB 99726 B im Handelsregister beim Amtsgericht Berlin, Charlottenburg eingetragen. Der juristische Name des Unternehmens ist „Landesbank Berlin AG“, der kommerzielle Name ist „Landesbank Berlin“ und „LBB“. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Die Landesbank Berlin AG unterliegt der Aufsicht und Regulierung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und durch die Deutsche Bundesbank im Einklang mit dem Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 (und seinen geänderten Fassungen).

Wichtigster Markt der Landesbank Berlin ist Deutschland, insbesondere die Bundesländer Berlin und Brandenburg.

Berlin und Brandenburg bilden mit ca. 6 Millionen Einwohnern und einer Fläche von über 30.000 km² eine gemeinsame Wirtschaftsregion. Berlin ist eine hochverdichtete Metropole mit einem stark wachsenden Dienstleistungsgewerbe, einer dichten und vielseitigen Wirtschaftslandschaft und einem Funktionszuwachs als Bundeshauptstadt. Die Wirtschaftsstruktur Berlins wird von kleinen und mittleren Unternehmen bestimmt. Traditionell stark vertreten sind neben der Elektroindustrie die Sparten Nahrungsmittel, Maschinenbau, Chemie sowie Maschinen- und Fahrzeugbau. Neben Bau und Handwerk, die meist kleinbetrieblich arbeiten,

haben auch Handel und Service ein großes Gewicht. Einschließlich Handel, Gastgewerbe, Banken und Versicherungen sowie Verkehr und Nachrichten arbeiten über 50 Prozent der Beschäftigten Berlins im privaten Dienstleistungssektor. In den letzten zehn Jahren sind dort mehr als 100.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Ihre Gesamtzahl ist inzwischen auf rund 750.000 angestiegen. Brandenburg ist für mitteleuropäische Verhältnisse ein dünn besiedeltes Flächenland mit einer Reihe von regionalen Entwicklungszentren, einem an Berlin angrenzenden Verflechtungsraum mit einer guten Infrastruktur und beachtlichen Ansätzen in den Branchen Medien/IT und Biotechnologie. Damit bietet Brandenburg hervorragende Standorte für flächenintensive Ansiedlungen. Innovative Wirtschaftszweige und Technologien wie Umwelttechnik, Biotechnologie und Medien-, Informations- und Kommunikationstechnologie haben ihren Platz in Brandenburg gefunden. Traditionell ansässige Branchen wie die Metallindustrie, Luftfahrttechnik und Raumfahrtindustrie, Automotive/Automobilindustrie, Ernährungsindustrie, Chemie, Optik, Film und Holzwirtschaft wurden im Kern erhalten und an den modernen Erfordernissen des globalen Wettbewerbs ausgerichtet.

Sofern Angaben von Seiten Dritter übernommen wurden, wird bestätigt, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass - soweit es der Emittentin bekannt ist und sie aus den von dieser dritten Partei veröffentlichten Informationen ableiten konnte - keine Tatsachen unterschlagen werden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Die vorstehenden Informationen zu Berlin und Brandenburg sind den Internetseiten www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/wirtschaft/berliner_wirtschaft.de.html, www.mwe.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.171274.de und www.brandenburg.de/de/wirtschaft entnommen.

Geschäftsüberblick

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben von Bankgeschäften jeder Art und die Durchführung der damit zusammenhängenden Handelsgeschäfte, Finanz- und sonstigen Dienstleistungen aller Art. Die Bank kann diesen Geschäftszweck selbst oder durch Tochtergesellschaften und Beteiligungen erreichen. Die Bank kann Zweigstellen unter dem Namen „Berliner Sparkasse“ errichten. Die Landesbank Berlin ist zur Trägerschaft an der Berliner Sparkasse berechtigt und nach Maßgabe einer Beleihung gemäß § 3 (2) und § 3 (3) Berliner Sparkassengesetzes vom 1. Januar 2006 verpflichtet, der Berliner Sparkasse die zur Durchführung und Fortentwicklung des Sparkassengeschäfts erforderlichen finanziellen, personellen und sachlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Berliner Sparkasse ist, gemäß § 3 (1) des Berliner Sparkassengesetzes, eine öffentlich-rechtliche Sparkasse und wird als Niederlassung der Landesbank Berlin AG geführt. Der Berliner Sparkasse obliegt die Förderung des Sparens und die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs, insbesondere des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie ist mündelsicher und berechtigt, ein Siegel mit ihrem Namen zu führen. Die Berliner Sparkasse betreibt Bankgeschäfte aller Art und sonstige Geschäfte, die dem Zweck der Berliner Sparkasse dienen. Sie ist berechtigt, Pfandbriefe, Kommunalobligationen und sonstige Schuldverschreibungen auszugeben und kann treuhänderische Aufgaben übernehmen. Die Geschäfte der Berliner Sparkasse sind nach kaufmännischen Grundsätzen unter der Beachtung allgemeiner wirtschaftlicher Gesichtspunkte zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs. Der Geschäftsbereich der Berliner Sparkasse ist auf das Land Berlin auszurichten. Sie ist berechtigt, Zweigstellen zu errichten.

Gemäß § 3 (4) und (5) des Berliner Sparkassengesetzes hat die Landesbank Berlin AG als Trägerin der Berliner Sparkasse die Aufgabe einer Sparkassenzentralbank (Girozentrale) und gilt als eigener Sparkassenverband. Die Hauptaufgabe der Landesbank Berlin als Sparkassenzentralbank ist die Liquiditätsversorgung der Berliner Sparkasse und die Abwicklung möglicher Kapitalmarktdienstleistungen. Sie kann Mitglied von Vereinigungen von deutschen Sparkassen- und Giroverbänden sowie Girozentralen sein oder ihnen beitreten. In ihrer Funktion als Trägerin der Berliner Sparkasse sowie als Sparkassenzentralbank (-

Girozentrale-) und Sparkassenverband unterliegt die Landesbank Berlin AG gemäß § 9 des Berliner Sparkassengesetzes der Aufsicht der für das Kreditwesen zuständigen Senatsverwaltung.

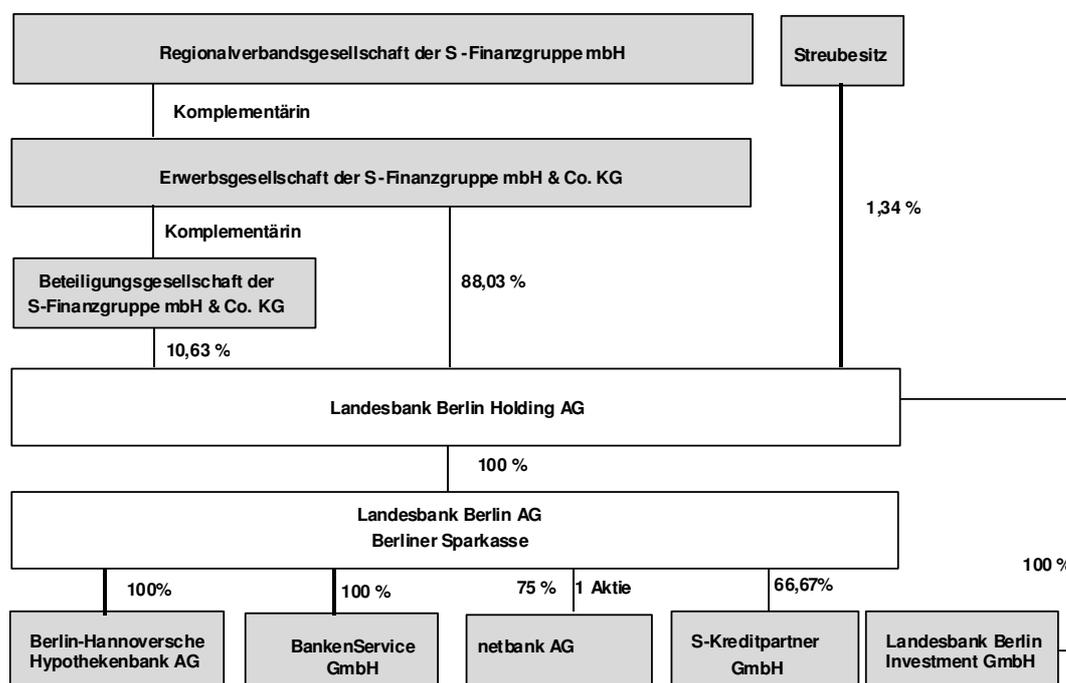
Konzernstruktur

Die Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) ist die Muttergesellschaft des Konzerns, dem die Landesbank Berlin AG (LBB) angehört. Die LBBH ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft und eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG). Sie hat ihren Sitz in Berlin. Geschäftsadresse ist Alexanderplatz 2, D-10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland. Die LBBH ist im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg/Berlin unter der Reg.Nr. HRB 527 B eingetragen. Sie gehört zu 88,03% der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (die „Erwerbsgesellschaft“). Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ist mit 10,63% der Anteile an der LBBH beteiligt. 1,34% der Anteile befinden sich im Streubesitz.

Die LBB ist eine 100%prozentige Tochter der LBBH. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG.

Die LBB hält die wichtigsten strategischen Beteiligungen des Konzerns, insbesondere die Anteile an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp), an der BankenService GmbH (BankenService), an der S-Kreditpartner GmbH und an der netbank AG (netbank). Sie unterhält ferner Niederlassungen in London und Luxemburg. Die Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) wurde mit dinglicher Wirkung zum 31. Dezember 2008 / 1. Januar 2009 von der LBB an die LBBH übertragen.

Die Eigentümerstruktur und wesentliche Beteiligungen der LBB sind in der nachfolgenden Grafik dargestellt.



Kapitalverhältnisse

Das gezeichnete Kapital der LBB beläuft sich auf EUR 1.200 Mio. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt. Alleiniger Aktionär der LBB ist die LBBH.

Organisationsstruktur

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder, das Zinsmanagement und die Servicefunktionen Corporate Center sowie Marktfolge gegliedert. Die strategischen Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Kapitalmarkt- und dem Immobilienfinanzierungsgeschäft. Im Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs abgebildet. Die Corporate Center umfassen unter anderem die Bereiche Informationstechnologie, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung, Revision und Finanzen. Die Marktfolge beinhaltet die Back-Office-Dienstleistungen des Bankenservice und der Kreditbereiche der LBB. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

Landesbank Berlin			
Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft
Zinsmanagement			
Corporate Center / Marktfolge			

Privatkundengeschäft

Unter der Marke „Berliner Sparkasse“ betreibt der Konzern in Berlin das Geschäft mit privaten Kunden. Geschäftsziel des Privatkundengeschäfts ist es, Kunden in der Kernregion Berlin mittels Produkten und Dienstleistungen für den Zahlungsverkehr, die Geldanlage, die Finanzierung und die Vorsorge universell zu versorgen. Überregional betreibt der Konzern darüber hinaus das Kreditkartengeschäft mit Co-Branding-Partnern und das Auto- und Konsumentenfinanzierungsgeschäft im Gemeinschaftsunternehmen S-Kreditpartner GmbH. Im Direktbankgeschäft ist der Konzern über die Mehrheitsbeteiligung an der netbank AG aktiv.

Firmenkundengeschäft

Das Firmenkundengeschäft umfasst das Geschäft mit Gewerbetreibenden und mittelständischen Unternehmen sowie mit der öffentlichen Hand. Kernmarkt ist die Region Berlin-Brandenburg. Die Kundenbetreuung erfolgt im Markenverbund „Landesbank Berlin“ und „Berliner Sparkasse“. Im Firmenkundensegment werden mit dem Zahlungsverkehr und dem Anlagegeschäft klassische Bankdienstleistungen für Gewerbetreibende und für den Mittelstand angeboten. Zudem offeriert die LBB Betriebsmittel- und Investitionskredite sowie weitere Finanzierungslösungen. Ergänzt wird das Angebot unter anderem durch Leistungen für das Auslandsgeschäft, Leasing und Factoring, Electronic Banking sowie durch Beratung und Begleitung bei Unternehmensgründungen und –nachfolgen.

Kapitalmarktgeschäft

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft (KMG) umfasst die Tätigkeitsbereiche „Client Business“ (weiter unterteilt in die Bereiche „Client Distribution“ und „Client Production“), „Treasury und Trading“ und „Internationales Geschäft“ sowie die dem Geschäftsfeld zugeordnete Tätigkeit der LBB-INVEST.

„Client Business“ konzipiert („Client Production“) und vertreibt („Client Distribution“) schwerpunktmäßig Aktien-, Zins- und Währungsprodukte. Die Angebotspalette der LBB-INVEST umfasst sowohl Publikumsfonds als auch Spezial-Sondervermögen für institutionelle Investoren.

„Treasury und Trading“ steuert die Liquidität und Refinanzierung des Konzerns und generiert Erträge aus Handels- und Investmentstrategien.

„Internationales Geschäft“ konzentriert sich auf Export Credit Agency-gedeckte und ungedeckte Exportfinanzierungen, Handelsfinanzierungen und kommerzielles Auslandsge-

schäft sowie das Kreditgeschäft mit Banken, Unternehmen und Staaten in ausgewählten Regionen.

Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus operative Einheiten an den Auslandsstandorten London und Luxemburg.

Immobilienfinanzierung

Im strategischen Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung wird das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft der LBB und der Berlin Hyp sowohl im Vertrieb als auch in der Marktfolge in enger organisatorischer Verbindung betrieben. Die Geschäftstätigkeit der Berlin Hyp wird in diesem Geschäftsfeld vollständig abgebildet. Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind Finanzierungen auf objektgedeckter Basis. Die Refinanzierung erfolgt über die Emission von Pfandbriefen. Hauptkunden des Geschäftsfelds sind Investoren und Wohnungsbaugesellschaften sowie Projektentwickler. Den überwiegend mittelständischen Kunden wird die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen angeboten.

Vorstand und Aufsichtsrat

Gemäß der Satzung der Landesbank Berlin AG besteht der Vorstand aus mindestens drei Personen. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat festgelegt. Der Vorstand berichtet regelmäßig an den Aufsichtsrat, besonders über die vorgeschlagene Geschäftspolitik und –strategie, die Ertragskraft und das laufende Geschäft der Landesbank Berlin ebenso wie über jede außergewöhnliche Angelegenheit. Aktuell setzt sich der Vorstand aus sechs Personen zusammen.

Vorstand

Die folgende Übersicht zeigt die derzeitigen Mitglieder des Vorstands, die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche und weitere bedeutende Mandate der Vorstandsmitglieder außerhalb der Landesbank Berlin AG.

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender
Unternehmensentwicklung und Recht, Revision, Personal, Finanzen
Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG
Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart
- GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der

- Visa Europe Limited, London

Mitglied des Verwaltungsrats der

- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

Jan Bettink

Immobilienfinanzierung
Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrates der

- Kreditanstalt für Wiederaufbau – Anstalt des öffentlichen Rechts (KfW), Frankfurt am Main

Serge Demolière

Kapitalmarktgeschäft
Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- Börse Berlin AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

- RTS Realtime Systems AG, Frankfurt am Main
- Easdaq NV, Brüssel

Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- LBB Finance (Ireland) plc., Dublin
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg
- LBB RE Luxembourg S.A., Luxemburg

Hans Jürgen Kulartz

Firmenkunden, Organisationssteuerung, Infrastruktur, Einkaufsmanagement

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
- netbank AG, Hamburg
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats der
- Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co., Bremen
- Deutsche Sparkassenleasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H.
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover
- LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, Berlin
- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main
- Röf's WP Partner AG, Düsseldorf
Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- DKLB Deutsche Klassenlotterie Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin

Martin K. Müller

Risiko und Controlling, Kredit, Risikobetreuung, Compliance, Bankenservice GmbH

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
- GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
Mitglied des Verwaltungsrates der
- Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg

Patrick Tessmann

Private Kunden

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- netbank AG, Hamburg
Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats der
- B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/ Hannover
Mitglied des Beirates der
- BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin

Geschäftsadresse des Vorstands

Die Geschäftsadresse des Vorstands ist Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland.

Aufsichtsrat

Gemäß Satzung der Landesbank Berlin AG besteht der Aufsichtsrat aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976 (MitbestG) in seiner jeweils gültigen Fassung aus je acht Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Die Hauptzuständigkeit des Aufsichtsrats ist die Beratung des Vorstands und die Kontrolle der Geschäftsführung der

Landesbank Berlin.

Momentan setzt sich der Aufsichtsrat aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Heinrich Haasis Vorsitzender	Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes
Bärbel Wulff* Stellv. Vorsitzende	Stellv. Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Heiko Barten*	Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Gerhard Grandke	Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen
Artur Grzesiek	Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Köln/Bonn
Sabine Hentschel-Vélez Garzón*	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Referentin Business Management der Landesbank Berlin AG
Gerald Herrmann*	Bundesfachgruppenleiter Sparkassen ver.di Bundesverwaltung Berlin
Claus Friedrich Holtmann	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbandes
Michael Jänichen*	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG
Thomas Mang	Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen
Peter Mohr*	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Wolfgang Pansegrau*	Stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Helmut Schleweis	Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Heidelberg
Peter Schneider	Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg
Dr. Harald Vogelsang	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
Frank Wolf*	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

* Arbeitnehmersvertreter

Geschäftsadresse des Aufsichtsrats

Die Geschäftsadresse des Aufsichtsrats ist Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland.

Interessenkonflikte

Es bestehen keine potentiellen Interessenskonflikte zwischen den Verpflichtungen der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes gegenüber dem Emittenten und ihrer privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

Hauptanteilseigner

Die Landesbank Berlin AG ist eine 100-prozentige Tochter der Landesbank Berlin Holding AG.

Finanzinformationen der Landesbank Berlin

Die Erstellung der Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 erfolgte in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Der Konzernabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr 2009 und der diesbezügliche Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers ist in Nachtrag Nr. 2 vom 28. April 2010 zum Basisprospekt der Landesbank Berlin AG vom 2. Juli 2009 für Anleihen und strukturierte Wertpapiere auf den Seiten F-2, F-4 sowie F-6 bis F-152 wiedergegeben und wird durch Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen (näheres siehe Abschnitt „Einbeziehung per Verweis“).

Der Konzernabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr 2010 und der diesbezügliche Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers sind im Abschnitt II.1 des Nachtrags vom 21. April 2011 zu diesem Basisprospekt wiedergegeben und wird durch Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen (näheres siehe Abschnitt „Einbeziehung per Verweis“).

Die Erstellung des Jahresabschlusses der Emittentin für das Geschäftsjahr 2010 erfolgte in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (HGB) und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung der Emittentin und wird durch Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen (näheres siehe Abschnitt „Einbeziehung per Verweis“).

Der Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr 2010 und der diesbezügliche Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers sind im Abschnitt II.2 des Nachtrags vom 21. April 2011 zu diesem Basisprospekt wiedergegeben und wird durch Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen (näheres siehe Abschnitt „Einbeziehung per Verweis“).

Die Erstellung des Zwischenberichtes (halbjährliche Finanzinformation) zum Konzern der Emittentin für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2011 erfolgte in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Der Zwischenbericht (halbjährliche Finanzinformation) zum Konzern der Emittentin für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2011 ist im Abschnitt II.1 des Nachtrags vom 12. September 2011 zu diesem Basisprospekt wiedergegeben.

Übersicht zum Rating der Landesbank Berlin AG

	Moody's	Fitch	DBRS
Ungarantierte Verbindlichkeiten			
Langfrist-Rating	A1*	AA-	A (hoch)
Kurzfrist-Rating	P-1	F1+	R-1 (mittel)
Ausblick	Zur Überprüfung	stabil	stabil

* Zur Überprüfung für eine mögliche Ratingherabstufung

Das Rating der Emittentin seitens Moody's Investors Service („Moody's“) wurde von Moody's Deutschland GmbH abgegeben, einer Ratingagentur mit Sitz in Deutschland und mithin in der Europäischen Gemeinschaft. Diese hat die Registrierung gemäß der Verordnung (EG) No 1060/2009 über Ratingagenturen (**„Rating-Verordnung“**) beantragt. Sie wurde noch nicht im Einklang mit der Rating-Verordnung registriert.

Das Rating der Emittentin seitens FitchRatings („Fitch“) wurde von Fitch Deutschland GmbH abgegeben, einer Ratingagentur mit Sitz in Deutschland und mithin in der Europäischen Gemeinschaft. Diese hat die Registrierung gemäß der Rating-Verordnung beantragt. Sie wurde noch nicht im Einklang mit der Rating-Verordnung registriert.

Das Rating der Emittentin seitens Dominion Bond Rating Service („DBRS“) wurde von DBRS Inc., USA abgegeben, einer Ratingagentur mit Sitz in den Vereinigten Staaten von Amerika und mithin nicht in der Europäischen Gemeinschaft. Diese ist nicht im Einklang mit der Rating-Verordnung registriert bzw. ihr Rating wurde noch nicht von einer im Einklang mit der Rating-Verordnung registrierten Ratinggesellschaft im Sinne des Artikels 4 Abs. 3 der Rating-Verordnung übernommen.

Moody's, Fitch und DBRS (zusammen die „**Ratingagenturen**“) erstellen Bonitätsbeurteilungen für Unternehmen die in einem Rating-Symbol zum Ausdruck kommen. Das Ratingsymbol stellt nur eine komprimierte Bewertungsgröße der Ausfallwahrscheinlichkeit bzw. der erwarteten Zahlungsfähigkeit eines Schuldners dar. Das Langfrist-Rating betrifft Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von über einem Jahr und das Kurzfrist-Rating Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr. Die für das Langfrist-Rating von den Ratingagenturen insgesamt verwendeten Ratingsymbole sind in der nachfolgenden Tabelle erläutert :

Moody's	Fitch	DBRS		
Rating-Symbol (Langfrist-Rating)			Bedeutung	
			Außergewöhnlich gute Bonität	
Aaa	AAA	AAA	Höchste Qualität der Schuldtitel, d.h. außergewöhnliche finanzielle Sicherheit der Zins- und Tilgungszahlungen	
			Exzellente gute Bonität	
Aa1	AA+	AA (high)	Hohe Qualität, d.h. sehr gute bis gute finanzielle Sicherheit der Zins und Tilgungszahlungen	
Aa2	AA	AA		
Aa3	AA-	AA (low)		
			Gute Bonität	
A1	A+	A (high)	Gute bis angemessene Deckung von Zins und Tilgung, viele günstige Anlageeigenschaften, aber auch Elemente, die sich bei Veränderung der wirtschaftlichen Lage negativ auswirken können	
A2	A	A		
A3	A-	A (low)		
Baa1	BBB+	BBB (high)	Angemessen gute Qualität, widrige wirtschaftliche Bedingungen oder Veränderungen können das Leistungsvermögen schwächen	
Baa2	BBB	BBB		
Baa3	BBB-	BBB (low)		
			Spekulative Bonität	
Ba1	BB+	BB (high)	Spekulatives Element, aber noch im guten wirtschaftlichen Umfeld, mäßige Deckung für Zins- und Tilgung bei ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen	
Ba2	BB	BB		
Ba3	BB-	BB (low)		
B1	B+	B (high)	Sehr spekulative, geringe Sicherung langfristiger Zins- und Tilgungszahlungen	
B2	B	B		
B3	B-	B (low)		
			Höchstspekulative Bonität	
Caa1	CCC+	CCC	Niedrigste Qualität, akute Gefährdung und geringster Anlegerschutz, erste Anzeichen von Zahlungsverzug	
Caa2	CCC			
Caa3	CCC-			
Ca	CC	CC	Höchstspekulative Titel, Vertragsverletzung offenkundig	
C	C	C	Bei Moody's niedrigste Stufe und bereits im Zahlungsverzug	
			Default	
---	D	D	Zahlungsverzug bzw. Zahlungsunfähigkeit	

Investment Grade-Bereich

Speculative Grade-Bereich

Die langfristigen ungarantierten Verbindlichkeiten der Landesbank Berlin AG wurden von Moody's mit dem Ratingsymbol A1, von Fitch mit dem Ratingsymbol AA- und von DBRS mit dem Ratingsymbol A (high) (*A (hoch)*) versehen. Das Ratingsymbol AA- von Fitch steht für

eine sehr gute Bonität. Das Ratingsymbol A1 von Moody's und A(high) von dbrs steht für eine gute Bonität.

Die kurzfristigen ungarantierten Verbindlichkeiten der Landesbank Berlin AG wurden von Moody's mit dem Ratingsymbol P-1, von Fitch mit dem Ratingsymbol F1+ und von dbrs mit dem Ratingsymbol R-1 (middle) (*R-1 (mittel)*) versehen. Die Ratingsymbole für die kurzfristigen ungarantierten Verbindlichkeiten stehen für eine hohe Wahrscheinlichkeit der Bedienung der kurzfristigen ungarantierten Verbindlichkeiten.

Die Ratingagenturen ergänzen das Rating um die Angabe eines so genannten „Ausblicks“, der von "negativ" über "stabil" bis "positiv" reichen kann. Dieser Ausblick soll dem Kapitalmarkt eine Einschätzung der möglichen Entwicklung des Unternehmensratings ermöglichen.

Der „Ausblick“ von Moody's für die Landesbank Berlin AG ist in Überprüfung für eine mögliche Ratingherabstufung. Der Ausblick von Fitch und DBRS lautet „stabil“.

Wesentliche Verträge

Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Abschirmung von Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft)

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die zumindest bis einschließlich 2011 EUR 15 Mio. Pro Jahr beträgt, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind. Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

Ergebnisabführungsvertrag zwischen Berlin Hyp und LBB

Zwischen der Berlin Hyp und der LBB besteht ein Ergebnisabführungsvertrag gem. § 291 ff Aktiengesetz.

5.

Im Abschnitt „Allgemeine Informationen“ des jeweiligen Basisprospekts werden die Unterabschnitte „Gerichts- oder Schiedsverfahren“ und „Tendenzielle Informationen und wesentliche Veränderungen in der Finanzlage“ ersetzt durch folgenden neuen Unterabschnitte:

Gerichts- oder Schiedsverfahren

Es bestehen keine staatlichen Interventionen, Gerichtsverfahren oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Emittentin noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) oder wurden in den letzten 12 Monaten aufgehoben, die sich erheblich auf die Finanzlage oder Rentabilität der Emittentin oder der Gruppe auswirken könnten bzw. in der jüngsten Zeit ausgewirkt haben.

Tendenzielle Informationen und wesentliche Veränderungen in der Finanzlage

Es gibt keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Landesbank Berlin AG seit dem 31. Dezember 2010 (Datum des zuletzt veröffentlichten geprüften Jahresabschlusses).

Es gibt keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage des Konzerns der Landesbank Berlin AG, die seit dem Ende des 30. Juni 2011 eingetreten sind (Stichtag, für den Zwischenbericht (halbjährliche Finanzinformationen) des Konzerns der Emittentin für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2011).

II.

1.

Zwischenbericht zum 30. Juni 2011 der Landesbank Berlin AG

Gesamtergebnisrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2011

Gewinn- und Verlustrechnung

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010 ¹⁾	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Zinsüberschuss	437	347	90	26
Zinserträge	2.238	2.202	36	2
Zinsaufwendungen	1.801	1.855	-54	-3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	23	78	-55	-71
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	414	269	145	54
Provisionsüberschuss	112	112	0	0
Provisionserträge	178	169	9	5
Provisionsaufwendungen	66	57	9	16
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	10	-1	11	> 100
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	86	173	-87	-50
Ergebnis aus Finanzanlagen	-71	7	-78	< -100
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	5	2	3	> 100
Sonstiges betriebliches Ergebnis ²⁾	33	57	-24	-42
Verwaltungsaufwendungen	484	477	7	1
Operatives Ergebnis vor Bankenabgabe	105	142	-37	-26
Aufwand Bankenabgabe	15	0	15	x
Operatives Ergebnis nach Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern	90	142	-52	-37
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2	15	-13	-87
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	88	127	-39	-31
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	0	4	-4	-100
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	88	123	-35	-28

1) Vorjahreszahlen angepasst

2) einschließlich Restrukturierungsergebnis

Ergebnis je Aktie

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010 ¹⁾	Veränderung in %
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	88	123	-28
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	1.200.000.000	1.200.000.000	0
Gewinn je Aktie (€)²⁾	0,07	0,10	-28

1) Vorjahreszahlen angepasst

2) verwässertes = unverwässertes Ergebnis

Gesamtergebnisrechnung der Periode

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010 ¹⁾	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern ²⁾	88	127	-39	-31
Veränderung der				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	7	40	-33	-83
<i>davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung</i>	-37	-8	-29	< -100
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	51	-37	88	> 100
<i>davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung</i>	11	6	5	83
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	29	-96	125	> 100
Rücklage aus Währungsumrechnung	3	-4	7	> 100
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	-2	0	-2	x
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	6	15	-9	-60
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	0	-7	7	100
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	1	-6	7	> 100
Rücklage aus Währungsumrechnung	1	-1	2	> 100
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	0	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis ²⁾	80	-98	178	> 100
Gesamtergebnis der Periode	168	29	139	> 100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Gesamtergebnis	-2	4	-6	< -100
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	0	4	-4	-100
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende erfolgsneutrale Erträge / Aufwendungen	-2	0	-2	x
Gesamtergebnis der Anteilseigner des Mutterunternehmens	170	25	145	> 100

1) Vorjahreszahlen angepasst

2) einschließlich „Anteile im Fremdbesitz“, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

Bilanz des Konzerns

zum 30. Juni 2011

Aktiva	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Barreserve	483	830	-347	-42
Forderungen an Kreditinstitute	17.035	16.532	503	3
Forderungen an Kunden	48.650	46.466	2.184	5
Risikovorsorge	-1.004	-1.058	54	5
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	925	1.182	-257	-22
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	14.293	17.158	-2.865	-17
Finanzanlagen	43.395	45.013	-1.618	-4
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	224	115	109	95
Immaterielle Vermögenswerte	118	109	9	8
Sachanlagen	483	501	-18	-4
Investment Properties	55	59	-4	-7
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	7	38	-31	-82
Latente Ertragsteueransprüche	36	46	-10	-22
Sonstige Aktiva	2.725	2.926	-201	-7
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	10	12	-2	-17
Gesamt	127.435	129.929	-2.494	-2

Passiva	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36.316	32.627	3.689	11
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	36.600	36.476	124	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	22.743	24.695	-1.952	-8
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.623	2.000	-377	-19
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	23.370	27.450	-4.080	-15
Rückstellungen	1.121	1.163	-42	-4
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	29	20	9	45
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	14	14	0	0
Sonstige Passiva	1.887	1.869	18	1
Nachrangkapital	2.200	2.248	-48	-2
davon: Stille Einlagen	700	700	0	0
Eigenkapital	1.532	1.367	165	12
Gezeichnetes Kapital	1.200	1.200	0	0
Kapitalrücklage	930	930	0	0
Gewinnrücklagen	-430	-546	116	21
Rücklage aus Währungsumrechnung	3	1	2	> 100
Neubewertungsrücklagen	-178	-230	52	23
Anteile im Fremdbesitz	7	12	-5	-42
Gesamt	127.435	129.929	-2.494	-2

Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2011

Eigenkapitalspiegel sechs Monate 2010

Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklagen	Rücklage aus Währungs-umrechnung	Neu-bewertungs-rücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanz-gewinn / -verlust	Eigenkapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2009	1.200	930	-485	1	-267	99	0	1.478
Anpassungen gemäß IAS 8			-22		10			-12
Eigenkapital zum 31.12.2009 (angepasst)	1.200	930	-507	1	-257	99	0	1.466
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern						4	127	131
Erfolgsneutrales Ergebnis			-91	-3	-8			-102
Veränderung der								
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten					33	3		36
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges					-35	-2		-37
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)			-95			-1		-96
Rücklage aus Währungsumrechnung				-4				-4
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile			-2		2			0
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen								
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten					15			15
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges					-7			-7
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)			-6					-6
Rücklage aus Währungsumrechnung				-1				-1
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile								0
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen			134			-6	-127 ¹⁾	1
Eigenkapital zum 30.6.2010	1.200	930	-464	-2	-265	97	0	1.496
Anpassungen gemäß IAS 8			-4		4			0
Eigenkapital zum 30.6.2010 (angepasst)	1.200	930	-468	-2	-261	97	0	1.496

1) Umgliederung in die Gewinnrücklagen

Eigenkapitalpiegel sechs Monate 2011

Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungs-umrechnung	Neu-bewertungs-rücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanz-gewinn / -verlust	Eigen-kapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2010	1.200	930	-546	1	-230	12	0	1.367
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern						0	88	88
Erfolgsneutrales Ergebnis			28	2	52	-2		80
Veränderung der								
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten					9	-2		7
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges					51			51
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)			29					29
Rücklage aus Währungsumrechnung				3				3
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile					-2			-2
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen								
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten					6			6
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges								
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)			1					1
Rücklage aus Währungsumrechnung				1				1
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile								0
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen			88			-3	-88 ¹⁾	-3
Eigenkapital zum 30.6.2011	1.200	930	-430	3	-178	7	0	1.532

1) Umgliederung in die Gewinnrücklagen

Verkürzte Kapitalflussrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2011

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010
	Mio. €	Mio. €
Zahlungsmittelbestand zum 1.1.	830	1.342
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	82	146
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-166	-21
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-263	-353
Zahlungsmittelbestand zum 30.6.	483	1.114

Allgemeine Angaben (Notes)

Grundlagen der Berichterstattung

Der vorliegende Zwischenbericht wurde nach den Vorschriften des IAS 34 erstellt und basiert auf den anzuwendenden IFRS-Regeln, die von der EU-Kommission im Rahmen des Endorsement-Prozesses übernommen wurden. Er berücksichtigt ebenfalls die Vorgaben des DRS 16. Der Zwischenbericht enthält einen verkürzten Abschluss sowie einen Zwischenlagebericht.

Bei der Aufstellung des Zwischenabschlusses wurden grundsätzlich - mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Änderungen - dieselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Konzernabschluss 2010 angewandt.

Für den Konzern ist seit dem 1. Januar 2011 erstmals der IAS 24 revised „IAS 24 Related Party Disclosures“ verpflichtend anzuwenden. Die Anwendung des überarbeiteten IAS 24 führt jedoch in Ausweis und Berichterstattung zu keinen Veränderungen gegenüber den Vorjahren.

Aus den „Improvements to IFRSs“ Issued May 2010 resultieren weitere kleinere Änderungen an den IFRS. Sämtliche vorgenommenen Änderungen sind bei Beginn des Geschäftsjahres am 1. Januar 2011 erstmals verpflichtend anzuwenden. Die für den Konzern relevanten Änderungen wurden berücksichtigt, es ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des Konzerns.

Folgende für den Konzernabschluss der LBB nicht relevanten Neuerungen der IFRS sind bei Beginn des Geschäftsjahres zum 1. Januar 2011 erstmals verpflichtend anzuwenden: Amendment to IAS 32 „Classification of Rights Issues“, Amendment to IFRS 1 „Limited Exemption from Comparative IFRS 7 Disclosures for First-time Adopters“, Amendments to IFRIC 14 „Prepayments of a Minimum Funding Requirement“ sowie IFRIC 19 „Extinguishing Financial Liabilities with Equity Instruments“.

Der im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens für die ehemalige Bankgesellschaft Berlin AG durchgeführte Restrukturierungsprozess ist abgeschlossen. Aus diesem Grund werden ab 1. Januar 2011 keine Restrukturierungserträge und -aufwendungen gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Position „Saldo aus Restrukturierungsaufwen-

dungen und -erträgen“ der Gewinn- und Verlustrechnung entfällt. Die im Vorjahresvergleich in dieser Position auszuweisenden Salden wurden in die entsprechenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Die Aufwendungen der Bankenabgabe werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als gesonderter Posten, nach dem „Operativen Ergebnis vor Bankenabgabe“ ausgewiesen.

Konsolidierungskreis

Seit dem 31. Dezember 2010 wurden folgende Gesellschaften neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen beziehungsweise sind ausgeschieden.

Zugänge	
RR II R-11896, City of Wilmington/Delaware	Neugründung im Rahmen des Tender Option-Bond-Programms
Abgänge	
RR II R-11305, City of Wilmington/Delaware	Auflösung im Rahmen des Tender Option-Bond-Programms

Nennenswerte Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aus der Veränderung des Konsolidierungskreises ergaben sich nicht.

Der Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung der Berlin Hyp vom 9. Dezember 2010 zur Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf die LBB gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung (§ 327a Absatz 1 Satz 1 AktG) wurde am 25. Januar 2011 in das Handelsregister eingetragen. Somit erhöhte sich der Anteil der von der LBB gehaltenen Aktien an der Berlin Hyp von 99,66 % auf 100 %. Hierfür wurde eine Gegenleistung in Höhe von 7,1 Mio. € in bar an die Inhaber von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss gezahlt. Der Buchwert des Reinvermögens der Berlin Hyp (ohne Geschäfts- und Firmenwert des ursprünglichen Erwerbs) betrug zu diesem Zeitpunkt 1.049 Mio. €, der auf die zusätzlich erworbenen Anteile entfallende Buchwert betrug 3,5 Mio. €. Die Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem auf die erworbenen Anteile entfallenden Buchwert in Höhe von 3,6 Mio. € wurde im Eigenkapital in den Gewinnrücklagen erfasst.

Die Landesbank Berlin AG hat im Berichtsjahr eine Beteiligung an der S-Kreditpartner GmbH, Berlin, im Rahmen einer Stammkapitalerhöhung übernommen. Bei der S-Kreditpartner GmbH (SKP) handelt es sich um ein Spezialkreditinstitut, dessen Geschäftszweck im Vertrieb von Auto- und Konsumentenkrediten durch Sparkassen sowie der Finanzierung des Fahrzeughandels besteht.

Die Gründung der SKP erfolgte mit Vertrag vom 24. Mai 2011 und Eintragung in das Handelsregister am 1. Juni 2011 durch rückwirkende Abspaltung des Neugeschäfts zum 1. Oktober 2010 der Geschäftsbereiche „S-Autokredit“, „POS-Autokredit“ und „Händlereinkaufsfinanzierung für Fahrzeuge“ von der Deutsche Leasing Finance GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe, nach § 123 Absatz 2 Nr. 2 UmwG. Am 24. Mai 2011 wurde mit Gesellschafterbe-

schluss das Stammkapital der neu gegründeten Gesellschaft von 40 Mio. € auf 120 Mio. € erhöht. An der Kapitalerhöhung nahm ausschließlich die Landesbank Berlin AG, Berlin, teil. Der Anteil der Landesbank Berlin AG (LBB) am Kapital der SKP nach Kapitalerhöhung beträgt 66,67 %.

Der Geschäftsanteil wurde durch die LBB am 30. Mai 2011 vollständig in bar eingezahlt. Die Eintragung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister der SKP erfolgte am 1. Juni 2011.

Die Beteiligung an der SKP dient der Bündelung der Aktivitäten im Auto- und Konsumentenkreditgeschäft der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG (Muttergesellschaft der Deutsche Leasing Finance GmbH) und der LBB.

Neben der Beteiligung am Stammkapital der SKP hat die LBB mit Vertrag vom 24. Mai 2011 der SKP die dem wirtschaftlichen Geschäftsbereich Auto- und Konsumentenkredite der LBB zuzuordnenden materiellen und immateriellen Vermögensgegenstände sowie Schulden übertragen.

Bezüglich der Berechnung über die jeweils eingebrachten Vermögenswerte und Schulden steht eine abschließende Einigung der Gesellschafter der SKP noch aus.

Auf Grundlage der vertraglichen Vereinbarungen ist die LBB in der Lage, maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftspolitik der SKP auszuüben. Dies führt zu einer Einbeziehung der SKP in den Konzernabschluss als assoziiertes Unternehmen gemäß IAS 28.

Segmentberichterstattung

	Private Kunden		Firmenkunden		Immobilienfinanzierung		Kapitalmarktgeschäft		Zinsmanagement		Sonstiges ⁴⁾		Konsolidierung ⁸⁾		KONZERN	
	1.1.-30.6.2011	1.1.-30.6.2010	1.1.-30.6.2011	1.1.-30.6.2010	1.1.-30.6.2011	1.1.-30.6.2010	1.1.-30.6.2011	1.1.-30.6.2010 ⁵⁾	1.1.-30.6.2011	1.1.-30.6.2010	1.1.-30.6.2011	1.1.-30.6.2010 ⁵⁾	1.1.-30.6.2011	1.1.-30.6.2010	1.1.-30.6.2011	1.1.-30.6.2010 ⁵⁾
in Mio. €																
Zinsüberschuss	209	197	70	79	168	175	177	170	-148	-240	-36	-33	-3	-1	437	347
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	16	35	2	8	12	26	-5	5			-3	4	1		23	78
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	193	162	68	71	156	149	182	165	-148	-240	-33	-37	-4	-1	414	269
Provisionsüberschuss	89	94	23	22	16	8	-15	-10	-1	-1				-1	112	112
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen					-1	1	7	-4	3	2			1		10	-1
Ergebnis aus erfdgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten					-14	-6	32	-26	68	203				2	86	173
Ergebnis aus Finanzanlagen	2	7			-8	1	-102	-2	25	1	13		-1		-71	7
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	4	1						1		1			1	-1	5	2
Sonstiges betriebliches Ergebnis ⁷⁾	12	20	-1		3	-4		3	-1	-1	85	96	-65	-57	33	57
Verwaltungsaufwendungen	218	211	43	45	57	55	67	65	5	4	160	156	-66	-59	484	477
Operatives Ergebnis vor Bankenabgabe	82	73	47	48	95	94	37	62	-59	-39	-95	-97	-2	1	105	142
Aufwand Bankenabgabe ⁶⁾					4		7		3				1		15	
Operatives Ergebnis nach Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern	82	73	47	48	91	94	30	62	-62	-39	-95	-97	-3	1	90	142
Segmentvermögen ¹⁾	4.999	5.037	4.521	4.904	47.754	52.803	60.666	72.103	13.988	15.438	1.782	2.130	-6.318	-9.324	127.392	143.091
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital) ¹⁾	14.272	14.049	5.565	6.474	39.571	44.301	51.776	61.317	19.552	23.427	1.368	1.561	-6.244	-9.373	125.860	141.756
Eigenmittelanforderungen nach SolV	339	246	252	257	1.037	1.148	820	809	105	164	105	100			2.658	2.724
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) ²⁾	309	309	222	266	793	888	957	961	677	643	-1.508	-1.578			1.450	1.490
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	2.226	2.281	267	286	445	446	337	323			2.599	2.577			5.874	5.912
Eigenkapitalrentabilität ³⁾	53,1%	47,2%	42,3%	36,1%	23,0%	21,2%	6,3%	12,9%	neg.	neg.					12,4%	19,1%
Cost-Income-Ratio ³⁾	69,0%	66,1%	46,7%	44,6%	34,8%	31,4%	67,7%	49,2%	neg.	neg.					79,1%	68,4%

1) Segmentvermögen / -verbindlichkeiten ohne Steuerpositionen

2) für den Konzern insgesamt wird branchenüblich das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital (ohne stille Einlage) und in den Segmenten das nach ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital ausgewiesen

3) gerechnet mit gerundeten Werten in Mio. €

4) inklusive Aufwand für Vergütung der stillen Einlage (1.1.-30.6.2011: 25 Mio. €; 1.1.-30.6.2010: 25 Mio. €)

5) Vorjahreszahlen angepasst

6) erstmals per 31.3.2011

7) inklusive Restrukturierungsergebnis

8) inklusive Rundungsdifferenzen

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

Zinsüberschuss

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Zinserträge			
Zinserträge aus Forderungen	923	923	0
Zinserträge aus Finanzanlagen	291	280	4
Zinsähnliche Erträge aus Finanzanlagen	7	5	40
Sonstige Zinserträge	1.017	994	2
Summe der Zinserträge	2.238	2.202	2
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	622	636	-2
Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	33	37	-11
Zinsähnliche Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	0	0
Sonstige Zinsaufwendungen	1.146	1.182	-3
Summe der Zinsaufwendungen	1.801	1.855	-3
Zinsüberschuss	437	347	26

Im sonstigen Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von 911 Mio. € (30. Juni 2010: 899 Mio. €) und Zinsaufwendungen in Höhe von 911 Mio. € (30. Juni 2010: 924 Mio. €) aus Hedge Accounting enthalten.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	90	82	10
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	113	160	-29
Gesamt	23	78	-71

Provisionsüberschuss

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Provisionserträge			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	31	34	-9
Zahlungsverkehr / Kontoführung	51	54	-6
Kreditgeschäft	25	15	67
Kartengeschäft	59	52	13
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	6	7	-14
Sonstige Provisionserträge	6	7	-14
Summe der Provisionserträge	178	169	5
Provisionsaufwendungen			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	14	9	56
Zahlungsverkehr / Kontoführung	4	4	0
Kreditgeschäft	6	5	20
Kartengeschäft	36	28	29
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	4	7	-43
Sonstige Provisionsaufwendungen	2	4	-50
Summe der Provisionsaufwendungen	66	57	16
Provisionsüberschuss	112	112	0

Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	-60	144	< -100
Ergebnis aus als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivaten	70	-145	> 100
Gesamt	10	-1	> 100

Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Ergebnis aus Finanzinstrumenten			
klassifiziert als Handel (Held-for-Trading)	-61	301	< -100
designiert zum Fair Value (Fair Value-Option)	147	-128	> 100
Gesamt	86	173	-50

Ergebnis aus Finanzanlagen

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010 ¹⁾	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen			
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	54	12	> 100
Aufwendungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	1	4	-75
Summe Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen	53	8	> 100
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen			
Erträge aus Zuschreibungen zu Finanzanlagen	0	4	-100
Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen	124	5	> 100
Summe Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen	-124	-1	< -100
Gesamt	-71	7	< -100

1) Vorjahreszahlen angepasst

Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Bewertungsergebnis	0	0	0
Laufendes Ergebnis	2	2	0
Wertaufholung Beteiligungsansatz	3	0	> 100
Gesamt	5	2	> 100

Sonstiges betriebliches Ergebnis

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	1	1	0
Ergebnis aus Investment Properties	4	4	0
Ergebnis aus Schuldscheindarlehen	8	0	x
Umsatzerlöse der Nicht-Kreditinstitute	6	14	-57
IT-Erträge	1	6	-83
Entkonsolidierungserfolge	-1	18	< -100
Sonstige Steueraufwendungen	0	1	-100
Übriges sonstiges betriebliches Ergebnis ¹⁾	14	15	-7
Gesamt	33	57	-42

1) einschließlich Restrukturierungsergebnis

Verwaltungsaufwendungen

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Personalaufwendungen	254	259	-2
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	31	27	15
Andere Verwaltungsaufwendungen	199	191	4
Gesamt	484	477	1

Personalaufwendungen:

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Löhne und Gehälter	190	192	-1
Soziale Abgaben	29	30	-3
Aufwendungen für Unterstützung und für Altersversorgung	35	37	-5
Gesamt	254	259	-2

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte:

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Abschreibungen auf Sachanlagen			
Planmäßige Abschreibungen	19	18	6
Wertminderungen	0	0	0
Summe Abschreibungen auf Sachanlagen	19	18	6
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte			
Planmäßige Abschreibungen	12	9	33
Wertminderungen	0	0	0
Summe Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	12	9	33
Gesamt	31	27	15

Andere Verwaltungsaufwendungen:

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Gebäude- und Raumkosten	30	29	3
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2	0
IT-Aufwendungen	81	82	-1
Werbung und Marketing	16	11	45
Geschäftsbetriebskosten	31	32	-3
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	29	26	12
Personalabhängige Sachkosten	8	7	14
Sonstige	2	2	0
Gesamt	199	191	4

Aufwand aus Bankenabgabe

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Aufwand Bankenabgabe	15	0	x
Gesamt	15	0	x

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Tatsächliche Steuern	-1	11	< -100
Latente Steuern	3	4	-25
Gesamt	2	15	-87

Angaben zur Bilanz (Notes)

Forderungen an Kreditinstitute

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	12.224	12.312	-1
täglich fällig	3.247	2.358	38
bis drei Monate	6.710	5.030	33
über drei Monate bis ein Jahr	2.264	4.904	-54
über ein Jahr bis fünf Jahre	3	20	-85
Darlehen	1.307	1.130	16
bis drei Monate	107	135	-21
über drei Monate bis ein Jahr	458	383	20
über ein Jahr bis fünf Jahre	649	523	24
über fünf Jahre	93	89	4
Schuldscheindarlehen	1.072	1.039	3
bis drei Monate	29	22	32
über drei Monate bis ein Jahr	226	136	66
über ein Jahr bis fünf Jahre	617	698	-12
über fünf Jahre	200	183	9
Kommunalkredite	1.703	1.891	-10
bis drei Monate	129	95	36
über drei Monate bis ein Jahr	264	420	-37
über ein Jahr bis fünf Jahre	930	770	21
über fünf Jahre	380	606	-37
Andere Forderungen	729	160	> 100
täglich fällig	125	109	15
bis drei Monate	9	16	-44
über drei Monate bis ein Jahr	356	3	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	151	22	> 100
über fünf Jahre	88	10	> 100
Gesamt LaR	17.035	16.532	3
Gesamt AfS	0	0	0
Gesamt	17.035	16.532	3

Forderungen an Kunden

	30.6.2011 ¹⁾	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	1.476	2.360	-37
täglich fällig	931	1.322	-30
bis drei Monate	442	927	-52
über drei Monate bis ein Jahr	81	111	-27
über ein Jahr bis fünf Jahre	18	0	x
über fünf Jahre	4	0	x
Darlehen	6.714	10.723	-37
bis drei Monate	661	670	-1
über drei Monate bis ein Jahr	840	935	-10
über ein Jahr bis fünf Jahre	3.026	4.201	-28
über fünf Jahre	2.187	4.917	-56
Schuldscheindarlehen	1.209	1.460	-17
bis drei Monate	7	322	-98
über drei Monate bis ein Jahr	156	368	-58
über ein Jahr bis fünf Jahre	595	572	4
über fünf Jahre	451	198	> 100
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	17.442	16.651	5
bis drei Monate	2.100	2.827	-26
über drei Monate bis ein Jahr	2.022	1.341	51
über ein Jahr bis fünf Jahre	9.296	8.718	7
über fünf Jahre	4.024	3.765	7
Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen	5.707	1.835	> 100
bis drei Monate	343	57	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	350	63	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.724	474	> 100
über fünf Jahre	3.290	1.241	> 100
Kommunalkredite	14.247	11.781	21
bis drei Monate	1.621	1.326	22
über drei Monate bis ein Jahr	1.011	1.006	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	6.078	3.949	54
über fünf Jahre	5.537	5.500	1
Andere Forderungen	1.376	1.148	20
täglich fällig	1.018	677	50
bis drei Monate	20	46	-57
über drei Monate bis ein Jahr	160	149	7
über ein Jahr bis fünf Jahre	146	244	-40
über fünf Jahre	32	32	0
Gesamt LaR	48.171	45.958	5
AfS			
Kommunalkredite	479	508	-6
bis drei Monate	19	23	-17
über drei Monate bis ein Jahr	21	36	-42
über ein Jahr bis fünf Jahre	293	303	-3
über fünf Jahre	146	146	0
Gesamt AfS	479	508	-6
Gesamt	48.650	46.466	5

1) Ausweisverschiebungen aufgrund einer verbesserten Datengrundlage; vergleiche „Anpassungen aufgrund Veränderungen nach IAS 8“

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute	-19	-42	55
Forderungen an Kunden	-985	-1.016	3
Gesamt	-1.004	-1.058	5

Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Positive Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	662	878	-25
Positive Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	263	304	-13
Gesamt	925	1.182	-22

Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Handelsaktiva (Held-for-Trading)	8.576	11.652	-26
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (Fair Value-Option)	5.717	5.506	4
Gesamt	14.293	17.158	-17

Handelsaktiva (Held-for-Trading):

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	553	511	8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	689	642	7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	5.349	7.572	-29
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	1.985	2.927	-32
Gesamt	8.576	11.652	-26

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (Fair Value-Option):

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen an Kunden	46	47	-2
Finanzanlagen	5.671	5.459	4
Gesamt	5.717	5.506	4

Finanzanlagen

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
LaR	21.284	24.410	-13
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	21.271	24.398	-13
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	13	12	8
AfS	20.461	18.939	8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	20.207	18.721	8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	109	118	-8
Beteiligungen	144	99	45
Verbundene Unternehmen	1	1	0
HtM	1.650	1.664	-1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.650	1.664	-1
Gesamt	43.395	45.013	-4

Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Anteile an Kreditinstituten	189	60	> 100
Anteile an sonstigen Unternehmen	35	55	-36
Gesamt	224	115	95

Immaterielle Vermögenswerte

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Geschäfts- oder Firmenwerte	21	21	0
Sonstige selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	15	12	25
Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte	82	76	8
Gesamt	118	109	8

Sachanlagen

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Grundstücke und Gebäude	371	379	-2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	112	122	-8
Gesamt	483	501	-4

Investment Properties

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Unbebaute Grundstücke	0	0	0
Bebaute Grundstücke und Gebäude	55	59	-7
Gesamt	55	59	-7

Sonstige Aktiva

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen aus gestellten Sicherheiten	2.580	2.842	-9
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	57	46	24
Rechnungsabgrenzung	29	16	81
Sonstige Steuerforderungen (außer Ertragsteueransprüchen)	1	0	x
Übrige	58	22	> 100
Gesamt	2.725	2.926	-7

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Finanzielle Vermögenswerte	10	12	-17
Gesamt	10	12	-17

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Termin- und Sichteinlagen	33.637	29.705	13
täglich fällig	1.298	929	40
bis drei Monate	29.416	27.284	8
über drei Monate bis ein Jahr	2.833	1.472	92
über ein Jahr bis fünf Jahre	90	20	> 100
Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe	761	881	-14
bis drei Monate	45	128	-65
über drei Monate bis ein Jahr	41	47	-13
über ein Jahr bis fünf Jahre	446	387	15
über fünf Jahre	229	319	-28
Begebene Schuldscheindarlehen	946	989	-4
bis drei Monate	62	138	-55
über drei Monate bis ein Jahr	43	89	-52
über ein Jahr bis fünf Jahre	632	587	8
über fünf Jahre	209	175	19
Andere Verbindlichkeiten	972	1.052	-8
täglich fällig	16	89	-82
bis drei Monate	25	30	-17
über drei Monate bis ein Jahr	113	106	7
über ein Jahr bis fünf Jahre	432	414	4
über fünf Jahre	386	413	-7
Gesamt	36.316	32.627	11

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Termin- und Sichteinlagen	19.440	19.067	2
täglich fällig	13.059	12.945	1
bis drei Monate	5.433	5.674	-4
über drei Monate bis ein Jahr	938	438	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	10	10	0
Spareinlagen	5.896	6.059	-3
bis drei Monate	4.200	4.614	-9
über drei Monate bis ein Jahr	1.672	1.414	18
über ein Jahr bis fünf Jahre	21	27	-22
über fünf Jahre	3	4	-25
Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe	5.965	5.644	6
bis drei Monate	145	164	-12
über drei Monate bis ein Jahr	244	163	50
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.155	1.168	-1
über fünf Jahre	4.421	4.149	7
Begebene Schuldscheindarlehen	4.088	4.225	-3
bis drei Monate	233	164	42
über drei Monate bis ein Jahr	136	331	-59
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.505	2.273	10
über fünf Jahre	1.214	1.457	-17
Andere Verbindlichkeiten	1.211	1.481	-18
täglich fällig	619	657	-6
bis drei Monate	12	239	-95
über drei Monate bis ein Jahr	11	10	10
über ein Jahr bis fünf Jahre	79	74	7
über fünf Jahre	490	501	-2
Gesamt	36.600	36.476	0

Verbriefte Verbindlichkeiten

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Begebene Schuldverschreibungen	22.298	24.159	-8
Hypothekendarlehen	8.505	8.349	2
Öffentliche Darlehen	5.898	7.929	-26
Sonstige Schuldverschreibungen	7.895	7.881	0
Sonstige verbrieftes Verbindlichkeiten	445	536	-17
Gesamt	22.743	24.695	-8

Wesentliche, in den ersten sechs Monaten begebene Emissionen, Rückzahlungen und Rückkäufe von Schuldverschreibungen und Eigenkapitaltiteln betreffen verschiedene Verbindlichkeitenpositionen und setzen sich wie folgt zusammen:

	Gattung	Währung	Nominal Mio. WE 30.6.2011	Nominal Mio. WE 31.12.2010
Emissionen	Anleihen	EUR	350	206
	Hypothekendarlehen	EUR	2.000	1.862
	Anleihen	USD	150	1.783
	Anleihen	JPY	0	101.876
	Anleihen	CHF	150	479
Rückzahlungen	Anleihen	EUR	3.255	2.813
	Hypothekendarlehen	EUR	3.100	5.349
	Anleihen	USD	339	2.032
	Anleihen	JPY	0	101.876
	Anleihen	CHF	150	709
Rückkäufe	Anleihen	EUR	0	0

Rückkäufe eigener Emissionen sind auch Teil des üblichen Handelsgeschäfts der Bank.

Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Negative Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	1.105	1.372	-19
Negative Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	518	628	-18
Gesamt	1.623	2.000	-19

Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Handelsspassiva (Held-for-Trading)	7.751	10.717	-28
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (Fair Value-Option)	15.619	16.733	-7
Gesamt	23.370	27.450	-15

Handelsspassiva (Held-for-Trading):

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	294	201	46
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	5.467	7.662	-29
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	1.990	2.854	-30
Gesamt	7.751	10.717	-28

Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (Fair Value-Option):

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	697	623	12
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	931	848	10
Verbriefte Verbindlichkeiten	13.852	15.116	-8
Nachrangkapital / Hybridkapital	139	146	-5
Gesamt	15.619	16.733	-7

Rückstellungen

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Rückstellungen für Pensionen	883	900	-2
Sonstige Rückstellungen	238	263	-10
Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen	16	16	0
Restrukturierungsrückstellungen	42	44	-5
Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft	17	13	31
Übrige Rückstellungen	163	190	-14
Gesamt	1.121	1.163	-4

Sonstige Passiva

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten	1.430	1.669	-14
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	65	65	0
Rechnungsabgrenzungsposten	25	22	14
Sonstige Steuerverbindlichkeiten (außer Ertragsteuerverpflichtungen)	2	2	0
Übrige	365	111	> 100
Gesamt	1.887	1.869	1

Nachrangkapital

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.500	1.548	-3
Genussrechtskapital	0	0	0
Stille Einlagen	700	700	0
Gesamt	2.200	2.248	-2

Eigenkapital

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Gezeichnetes Kapital	1.200	1.200	0
Kapitalrücklagen	930	930	0
Gewinnrücklagen	-430	-546	21
Rücklage aus Währungsumrechnung	3	1	> 100
Neubewertungsrücklagen	-178	-230	23
Anteile im Fremdbesitz	7	12	-42
Gesamt	1.532	1.367	12

Sonstige Erläuterungen (Notes)

Anpassungen aufgrund Veränderungen nach IAS 8

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 haben wir Anpassungen gemäß IAS 8.42 vorgenommen. Einzelheiten hierzu enthält Note 57 des Anhangs im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010.

Zum 30. Juni 2011 ergaben sich folgende weitere Anpassungserfordernisse für die Vergleichszahlen zum 30. Juni 2010:

Infolge der Adjustierung der Impairmentermittlung für in nicht konsolidierten Fondsanteilen der Kategorie AfS enthaltene Eigenkapitaltitel (vergleiche Geschäftsbericht 2010, Note 57) erfolgte eine Anpassung der Vorjahresvergleichszahlen in der Gewinn- und Verlustrechnung für das erste Halbjahr 2010 wie folgt:

Gewinn- und Verlustrechnung 1.1. - 30.6.2010	veröffentlichter Konzernabschluss Mio. €	Anpassung Mio. €	Konzernabschluss nach Anpassung Mio. €
Ergebnis aus Finanzanlagen	11	-4	7
Operatives Ergebnis nach Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern	146	-4	142
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	131	-4	127
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	4	0	4
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	127	-4	123

Der Gewinn je Aktie der Vorjahresvergleichsperiode blieb unverändert.

Die Vergleichszahlen für das erfolgsneutrale Ergebnis dieser Periode ändern sich wie folgt:

Erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen 1.1. - 30.6.2010	veröffentlichter Konzernabschluss Mio. €	Anpassung Mio. €	Konzernabschluss nach Anpassung Mio. €
Veränderung der			
Rücklage aus der Bewertung von AfS- Finanzinstrumenten	36	4	40
<i>davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung</i>	-12	4	-8
Erfolgsneutrales Ergebnis	-102	4	-98
Gesamtergebnis der Periode	29	0	29

Nach der Migration auf das Kernbankensystem OSPlus im April 2011 kam es aufgrund einer verbesserten Datengrundlage bei Forderungen an Kunden zu Ausweisverschiebungen zwischen den Unterpositionen Termin- und Sichteinlagen, Darlehen, Grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen sowie Kommunalkredite, die gemäß IAS 8.32 behandelt wurden. Wegen der technischen Umstellung ist die Schätzung der Auswirkungen auf künftige Perioden nicht durchführbar und die Vergleichbarkeit zum Stichtag der Vorperiode eingeschränkt.

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Mio. €	Fair Value		Buchwert		stille Reserven / Lasten	
	30.6.2011	31.12.2010	30.6.2011	31.12.2010	30.6.2011	31.12.2010
Aktiva						
LaR	86.430	86.973	85.486	85.842	944	1.131
Forderungen an Kreditinstitute	17.050	16.529	17.016	16.490	34	39
Forderungen an Kunden	48.544	46.589	47.186	44.942	1.358	1.647
Finanzanlagen	20.836	23.855	21.284	24.410	-448	-555
AfS	20.940	19.447	20.940	19.447	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	479	508	479	508	0	0
Finanzanlagen	20.461	18.939	20.461	18.939	0	0
HtM	1.707	1.729	1.650	1.664	57	65
Finanzanlagen	1.707	1.729	1.650	1.664	57	65
Gesamt	109.077	108.149	108.076	106.953	1.001	1.196

Passiva

OL						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36.353	32.704	36.316	32.627	-37	-77
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ¹⁾	36.123	36.146	36.600	36.476	477	330
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ²⁾</i>	36.919	37.022	36.600	36.476	-319	-546
Verbriefte Verbindlichkeiten	22.869	24.889	22.743	24.695	-126	-194
Nachrangkapital inklusive stille Einlagen	2.118	2.090	2.200	2.248	82	158
Gesamt ¹⁾	97.463	95.829	97.859	96.046	396	217
Gesamt ²⁾	98.259	96.705	97.859	96.046	-400	-659

¹⁾ unter Berücksichtigung steuerungsrelevanter Ablauffiktionen für ablaufvariable Finanzinstrumente

²⁾ ohne Berücksichtigung steuerungsrelevanter Ablauffiktionen für ablaufvariable Finanzinstrumente

Angaben zur Fair-Value Bewertungshierarchie

in Mio. €	30.6.2011				31.12.2010			
	Gesamt	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt	Level 1 ¹⁾	Level 2 ¹⁾	Level 3
Handelsaktiva (HfT), Derivate	7.334	40	7.294	0	10.499	190	10.309	0
Handelsaktiva (HfT), Wertpapiere	1.242	677	423	142	1.153	539	457	157
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)	5.717	3.422	2.148	147	5.506	3.080	2.280	146
Forderungen an Kunden (AfS)	479	0	479	0	508	0	508	0
Finanzanlagen (AfS)	20.317	17.580	2.713	24	18.841	10.722	8.092	27
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	925	0	925	0	1.182	0	1.182	0
Gesamt Aktiva	36.014	21.719	13.982	313	37.689	14.531	22.828	330
Handelspassiva (HfT), Derivate	7.456	43	7.413	0	10.516	185	10.331	0
Handelspassiva (HfT), sonstige	294	294	0	0	201	191	10	0
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)	15.619	4.483	10.997	139	16.734	4.686	11.902	146
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.623	0	1.623	0	2.000	0	2.000	0
Gesamt Passiva	24.992	4.820	20.033	139	29.451	5.062	24.243	146

1) Vorjahreswerte angepasst

Aufgrund von zunehmenden Preisquotierungen an aktiven Märkten wurden bis zum 30. Juni 2011 Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 663 Mio. € auf der Aktivseite, beziehungsweise 1 Mio. € auf der Passivseite von Level 2 nach Level 1 transferiert. Mit abnehmender Restlaufzeit von Finanzinstrumenten sinkt die Verfügbarkeit von Preisen an einem aktiven Markt. Daher wurden 401 Mio. € auf der Aktivseite von Level 1 nach Level 2 umgegliedert. Auf der Passivseite erfolgte keine Umgliederung von Level 1 nach Level 2.

Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen

	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	800	843	-5
Kreditbürgschaften	442	485	-9
Akkreditive	43	16	> 100
Sonstige Bürgschaften	315	342	-8
Unwiderrufliche Kreditzusagen (Buchkredite, Avalkredite, Kommunal-/Hypothekendarlehen, Sonstige unwiderrufliche Kreditzusagen)	3.837	4.561	-16
Gesamt	4.637	5.404	-14

Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die dem Konzern Landesbank Berlin nahestehenden Unternehmen und Personen umfassen gemäß IAS 24 die Gruppen:

- Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) - Mehrheitsaktionärin der Holding sowie Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft) und – als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft – Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG),
- Muttergesellschaft Landesbank Berlin Holding AG,
- Schwestergesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST),
- Tochterunternehmen der Landesbank Berlin AG und Unternehmen, auf welche die Landesbank Berlin AG maßgeblichen Einfluss nehmen kann, sowie
- natürliche Personen in Schlüsselpositionen der Landesbank Berlin AG, zu denen insbesondere Vorstand und Aufsichtsrat gehören, weiterhin Vorstand und Aufsichtsrat des beherrschenden Mutterunternehmens.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2010 haben sich die im Abschnitt „Angaben zu den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats“ aufgeführten Veränderungen in der Zusammensetzung ergeben.

Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen um den Mehrheitseigner der Landesbank Berlin Holding AG

Für die Erstellung des RVG-Konzernabschlusses 2010 und die damit im Zusammenhang von der LBB im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrags zwischen der LBB und der RVG erbrachten Leistungen wurden der RVG 88 T€ in Rechnung gestellt.

Mit der RVG besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung, die bisher nur in geringem Umfang (2 T€) einlageseitig genutzt wird, sowie ein zu marktüblichen Bedingungen geführtes Tagesgeldkonto in Höhe von 6 T€. Berichtspflichtige Geschäfte wurden im Berichtszeitraum nicht getätigt. Mit der S-Erwerbsgesellschaft und der S-Beteiligungsgesellschaft bestehen zum Stichtag keine bankgeschäftlichen Beziehungen.

Zu den nahestehenden Unternehmen und Personen der LBBH im Sinne des IAS 24 gehören auf Seiten des Mehrheitseigners neben der S-Erwerbsgesellschaft, der S-Beteiligungsgesellschaft und der RVG auch die Geschäftsführer der RVG.

Mit einem Geschäftsführer der RVG besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung auf Guthabenbasis.

Die Mitglieder der Geschäftsführung der RVG und ihre nahen Angehörigen haben keine weiteren berichtspflichtigen Geschäfte getätigt.

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit dem Mutterunternehmen, dem Schwesterunternehmen, nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann

Die nahestehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes sind in der „Anteilsbesitzliste“ (vergleiche Geschäftsbericht zum 31. Dezember 2010, Note 66) unter „Konsolidierte beziehungsweise nicht konsolidierte Tochterunternehmen“ aufgeführt. Die Anteilbesitzliste beinhaltet auch die Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann.

Zu den genannten nahestehenden Unternehmen bestanden Geschäftsbeziehungen in folgendem Umfang:

Mutterunternehmen

in Mio. €	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	255	398	-36

Es bestehen (wie zum 31. Dezember 2010) keine Wertberichtigungen sowie keine unwiderruflichen Kreditzusagen und Gewährleistungsbürgschaften gegenüber dem Mutterunternehmen.

Schwesterunternehmen

in Mio. €	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	19	24	-21
Sonstige Passiva	0	1	-100

Es bestehen (wie zum 31. Dezember 2010) keine Wertberichtigungen sowie keine unwiderruflichen Kreditzusagen und Gewährleistungsbürgschaften gegenüber dem Schwesterunternehmen.

Nicht konsolidierte Tochterunternehmen

in Mio. €	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	24	23	4
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	12	0	x
Sonstige Aktiva	8	8	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3	2	50

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von 2,0 Mio. € (31. Dezember 2010: 1,6 Mio. €).

Gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen bestehen unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 3,7 Mio. € (31. Dezember 2010: 3,9 Mio. €) sowie Gewährleistungsbürgschaften in Höhe von 0,7 Mio. € (31. Dezember 2010: 0,7 Mio. €).

Zu Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, bestanden Geschäftsbeziehungen in folgendem Umfang:

Assoziierte Unternehmen

in Mio. €	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	739	0	x
Forderungen an Kunden	121	121	0
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	35	66	-47
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	148	41	>100
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3	26	-89
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	20	20	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	21	20	5

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber assoziierten Unternehmen in Höhe von 0,3 Mio. € (31. Dezember 2010: 0,3 Mio. €).

Gegenüber assoziierten Unternehmen bestehen unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 55,5 Mio. € (31. Dezember 2010: 2,4 Mio. €) sowie keine Gewährleistungsbürgschaften (31. Dezember 2010: 0,4 Mio. €).

Die neu gegründete S-Kreditpartner GmbH (SKP / assoziiertes Unternehmen) hat am 1. Juni 2011 die Arbeit aufgenommen. Mit der LBB wurden Geschäftsbesorgungsverträge für IT-Dienstleistungen, für Rechnungswesen und steuerliche Beratung, für Risikocontrolling und aufsichtsrechtliches Meldewesen, Personaldienstleistungen, Rechtsberatung, Bankorganisation/Vertragswesen und Treasury abgeschlossen. Mit der Berliner Sparkasse wurde ein Kooperationsvertrag über die Vermittlung von Konsumentenkreditgeschäften an die SKP abgeschlossen.

Joint Ventures

in Mio. €	30.6.2011	31.12.2010	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	3	3	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4	2	100

Es bestehen (wie zum 31.Dezember 2010) keine Wertberichtigungen, unwiderrufflichen Kreditzusagen oder Gewährleistungsbürgschaften gegenüber Joint Ventures.

Die an nicht konsolidierte Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, ausgegebenen Kredite wurden zu marktüblichen Konditionen gewährt. Im Zinsüberschuss des Konzerns sind die Zinsaufwendungen und die Erträge aus den Geschäftsbeziehungen als Zinsergebnis enthalten. Das Zinsergebnis des Konzerns wird aus den Geschäftsbeziehungen zu nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, entsprechend den Volumina und der marktüblichen Verzinsung beeinflusst.

Angaben zu den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats

Herr Dr. Veit hat seine Mandate im Vorstand der Holding sowie der LBB mit Ablauf des 31. Dezember 2010 niedergelegt. Seine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp) übt er auf Bitte des Vorstands auch nach seinem Ausscheiden aus der Bank weiterhin aus. Die mit dem Ausscheiden von Herrn Dr. Veit im Zusammenhang stehenden Veränderungen im Vorstand wurden im Geschäftsbericht zum 31. Dezember 2010 in Note 63 dargestellt.

Mit Herrn Bettink, der zum 1. Januar 2011 in den Vorstand der LBB eingetreten ist, wurde ein Dienstvertrag geschlossen, der unter anderem ein ruhegehaltsfähiges Festgehalt von 366 T€ p.a. vorsieht. Darüber hinaus erhält er ein nicht ruhegehaltsfähiges Festgehalt in Höhe von 360 T€ p.a., das nach Feststellung des Jahresabschlusses für das entsprechende Geschäftsjahr zahlbar ist. Zudem kann Herr Bettink eine variable Vergütung erhalten, die vom Aufsichtsrat jeweils nach Feststellung des Jahresabschlusses festgesetzt wird – entsprechend der für das Vorstandsgremium insgesamt geltenden Regelungen zu variablen Vergütungen (beschrieben im Geschäftsbericht zum 31. Dezember 2010).

Der Aufsichtsrat der LBB hat in seiner Sitzung vom 10. Februar 2011 für die Herren Dr. Evers, Demolière, Kulartz und Müller eine Erhöhung der ruhegehaltsfähigen Festgehälter um einheitlich 2 % zu den jeweiligen individuellen Überprüfungszeitpunkten beschlossen. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat beschlossen, das ruhegehaltsfähige Festgehalt von Herrn Tessmann auf 380 T€ ab dem 1. April 2011 zu erhöhen.

Der Aufsichtsrat der LBB hat in seiner Sitzung am 25. März 2011 über die variablen Vergütungen intensiv beraten und entschieden. Hinsichtlich des ersten Drittels der für das Geschäftsjahr 2009 mit Rückbehalt bestehenden variablen Vergütung (insgesamt 40 % der Zieltantieme in Höhe von 1.340 T€) wurde für die im Geschäftsjahr 2009 amtierenden Vorstandsmitglieder der LBB eine Auszahlung von 161 T€ beschlossen. Für das Geschäftsjahr 2010 wurden für die in diesem Geschäftsjahr tätigen Vorstandsmitglieder eine Zieltantieme von 1.440 T€ beschlossen. Die Auszahlung erfolgt entsprechend der im Vergütungsbericht beziehungsweise im Geschäftsbericht zum 31. Dezember 2010 beschriebenen Festlegung. Danach erhalten die Vorstandsmitglieder 20 % der Zieltantieme in 2011 ausgezahlt. Der Aufsichtsrat der Berlin Hyp hat in seiner Sitzung am 28. Februar 2011 über die variablen Vergütungen für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 unter anderem für Herrn Bettink in Höhe von 115 T€ entschieden.

An der personellen Zusammensetzung des Aufsichtsrats der Holding sowie des Aufsichtsrats der LBB haben sich gegenüber dem 31. Dezember 2010 keine Veränderungen ergeben.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Holding beziehungsweise der Landesbank Berlin AG wurden im Berichtszeitraum folgende Vergütungen zuteil:

	1.1. - 30.6.2011	1.1. - 30.6.2010
	T€	T€
Gesamtbezüge des Vorstands der LBB ¹⁾	2.720	2.996 ⁵⁾
(davon erfolgsabhängige variable Vergütung)	(333)	(804)
davon Gesamtbezüge des Vorstands der Holding ²⁾	1.009	1.264 ⁵⁾
(davon erfolgsabhängige variable Vergütung)	(186)	(444)
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der Holding ³⁾	310	312
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der LBB ³⁾	131	132
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt ⁴⁾	3.537	3.435
Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB ¹⁾	470	2.514
darin Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding ²⁾	114	932
	30.6.2011	31.12.2010
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	84.374	84.036
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB zum Stichtag zurückgestellt ¹⁾	10.083	11.094
darin für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding zum Stichtag zurückgestellt ²⁾	3.617	5.698

1) bestehend aus den Herren Dr. Evers, Demolière, Kulartz, Müller und Dr. Veit (bis einschließlich 31. Dezember 2010) sowie den Herren Tessmann (ab 1. April 2010) und Bettink (ab 1. Januar 2011)

2) bestehend aus den Herren Dr. Evers, Dr. Veit (bis einschließlich 31. Dezember 2010) und Müller (ab 1. Januar 2011),

3) ohne Umsatzsteuer, Konzernabgaben

4) darin enthalten variable Vergütungen an Herrn Dr. Veit im Jahr 2011 in Höhe von 116 T€ (für seine Tätigkeit in den Geschäftsjahren 2009 und 2010) und an Herrn Vetter im Jahr 2010 in Höhe von 270 T€ (für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2009)

5) Vorjahreszahlen angepasst um die darin enthaltenen Beträge mit 40%igem Zurückbehalt (LBB: 536 T€, Holding: 296 T€)

Von der Landesbank Berlin AG gewährte Vorschüsse und Kredite an Gremienmitglieder:

in T€	30.6.2011	31.12.2010
an Mitglieder des Vorstands der LBB	284	297
davon an Mitglieder des Vorstands der LBBH	283	15
an Mitglieder des Aufsichtsrats der LBBH	83	85
an Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB	91	93

Die Salden beinhalten zu Kundenkonditionen gewährte Annuitätendarlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten. Die Veränderungen bei den Mitgliedern des Vorstands der LBB resultie-

ren im Wesentlichen aus der Rückführung von in Anspruch genommenen Dispositionskrediten.

Geschäftsvorfälle wie Grundstücksverkäufe, geleistete und bezogene Dienstleistungen, Leasingverhältnisse, Kredit- und sonstige Geschäfte bei Personen in Schlüsselstellungen zu nicht marktkonformen Konditionen liegen nicht vor.

Nahe Familienangehörige des Vorstands und des Aufsichtsrats haben keinen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen.

Die Publikationen zu Aktientransaktionen des Vorstands veröffentlicht die LBBH auf ihrer Internetseite unter „Investor Relations“. Sie erfüllt damit die Meldeerfordernisse nach § 15a WpHG.

Ereignisse nach dem 30. Juni 2011

Die im Rahmen der Wertberichtigungen notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Der Konzern prüft gegenwärtig die beim Gipfeltreffen der Regierungschefs der Mitgliedsländer des Euroraums am 21. Juli 2011 verabredeten Grundzüge zur Beteiligung privater Gläubiger an dem neuen Stützungspaket für Griechenland.

Organe der Landesbank Berlin AG

Vorstand der Landesbank Berlin AG

Dr. Johannes Evers
Vorsitzender

Jan Bettink

Serge Demolière

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Patrick Tessmann

Aufsichtsrat der Landesbank Berlin AG

Heinrich Haasis
Vorsitzender
Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands

Bärbel Wulff *)
stellv. Vorsitzende
stellv. Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Heiko Barten *)
Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen

Artur Grzesiek
Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

Sabine Hentschel-Vélez Garzón *)
Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Referentin Business Management der Landesbank Berlin AG

Gerald Herrmann *)
Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin

Claus Friedrich Holtmann
Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands

Michael Jänichen *)
Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen

Peter Mohr *)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Wolfgang Pansegrau *)

stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Helmut Schleweis

Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg

Peter Schneider

Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg

Dr. Harald Vogelsang

Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG

Frank Wolf *)

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

*) Arbeitnehmervertreter

Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der Konzernzwischenabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernzwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Berlin, 16. August 2011

Der Vorstand

Dr. Johannes Evers

Jan Bettink

Serge Demolière

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Patrick Tessmann

Abkürzungsverzeichnis

AfS	Available-for-Sale
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AMA	Advanced Measurement Approach
Berlin Hyp	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
CaR	Capital-at-risk
CCE	Current Credit Exposure
CDS	Credit Default Swap
DISQ	Deutsches Institut für Service-Qualität
DRS	Deutsche Rechnungslegungs Standards
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde
ESM	Europäischer Stabilisierungsmechanismus
EU	Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank
FVO	Fair Value-Option
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HfT	Held-for-Trading
HGB	Handelsgesetzbuch
HtM	Held-to-Maturity
IAS	International Accounting Standards
IDW	Institut der Wirtschaftspüfer
IFRIC	International Financial Reporting Interpretations Comitee
IFRS	International Financial Reporting Standards
IT	Informationstechnologie
IWF	Internationaler Währungsfonds
KG	Kommanditgesellschaft
KMG	Kapitalmarktgeschäft
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
LaR	Loans-and-Receiveables
LBB	Landesbank Berlin AG, Berlin
LBBH	Landesbank Berlin Holding AG, Berlin
LBB-INVEST	Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
OL	Other Liabilities

RVG	Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg
S-Beteiligungsgesellschaft	Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg
S-Erwerbsgesellschaft	Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg
SKP	S-Kreditpartner GmbH
SolvV	Solvabilitätsverordnung
UmwG	Umwandlungsgesetz
WE	Währungseinheit
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz

Gemäß § 16 Absatz 3 des Wertpapierprospektgesetzes können Anleger, die vor Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung der im Rahmen des jeweiligen Basisprospekts begebenen Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, diese innerhalb von zwei Werktagen nach Veröffentlichung dieses Nachtrags durch eine Erklärung gegenüber der Landesbank Berlin AG widerrufen, sofern noch keine Erfüllung eingetreten ist.

Berlin, den 20. September 2011

Landesbank Berlin AG

(gez. Thomas Leicher)

(gez. Frank Klingelhöfer)